

Mercedes-Lkw für Georgiens Raketenwerfer

Einheiten können Streumunition verschießen / Glaubwürdigkeitsproblem für Berlin, das Vorreiter beim Verbot dieser Waffen sein will

VON OTFRIED NASSAUER

BERLIN - Georgien hat moderne Mehrfachraketenwerfer importiert. Sie sind auf schweren, geländegängigen Mercedes-Lkw montiert. Mit diesen Raketenwerfern kann Streumunition verschossen werden. Die ist umstritten, weil sie unterschiedslos gegen militärische und zivile Ziele wirkt. Auch noch lange nach einem Krieg. Ende 2008 soll ein internationaler Vertrag unterzeichnet werden, der solche Waffen verbietet.

Die vielen Blindgänger sind eine Gefahr für Zivilisten

Die Bundesregierung sieht sich dabei in einer Vorreiterrolle und hat nun ein Glaubwürdigkeitsproblem. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier wird sich ärgern. Er möchte, dass Deutschland bei den Bemühungen um ein internationales Verbot von Streumunition eine „Vorreiterrolle“ spielt. Der Vertragsentwurf ist bereits ausgehandelt. Im Dezember soll er in Oslo unterschrieben und dann schnell ratifiziert werden. Und nun das: Die georgischen Streitkräfte importieren seit 2007 moderne Mehrfachraketenwerfer, mit denen Streumunition verschossen werden kann. Das hat Georgien an das UN-Waffenregister gemeldet. Die ersten vier Raketenwerfer wurden 2007 geliefert. Weitere sollten 2008 folgen. Die schweren Gelände-Lkw, auf denen die Raketenwerfer montiert sind, stammen von Mercedes-Benz.

Bilder, die dem Tagesspiegel vorliegen, zeigen, dass die Raketenwerfer auf einer militärischen Version des Mercedes Actros 3341 montiert sind. Ein Fahrzeug, das sich besonders für schweres Gelände eignet. Stolz verweist Mercedes darauf, dass mit Lkw dieses Typs 2002 erste Hilfslieferungen auf dem Landweg nach Afghanistan gebracht wurden. Fahrzeuge, die für den Hindukusch geeignet sind, sind auch dem Kaukasus gewachsen. Die Herkunft der Raketenwerfer ist politisch brisant. Sie tragen die Bezeichnung LAR-160 und stammen aus Israel. Dort werden sie von Israel Military Industries - kurz IMI - hergestellt. Auf jeden LKW werden zwei Raketencontainer mit je 13 Raketen montiert. In der Version Mk-4, die Georgien erhielt, haben die Ra-



Für schweres Gelände geeignet. Raketenwerfer auf einer militärischen Version des Mercedes Actros 3341.

Foto: promo

keten eine Reichweite von 45 Kilometern. Jede Rakete trägt einen Sprengkopf, der mit 104 Submunitionen gefüllt sein kann, die getrennt zu Boden fallen und halbhart oder weiche Ziele zerstören sollen. Weichziele sind beispielsweise Menschen. Halbhart sind ungeschützte Fahrzeuge, Autos zum Beispiel.

Ein einzelner Raketen Sprengkopf reicht aus, um mehr als 31 000 Quadratmeter mit Streumunition abzudecken, eine Salve für mehr als 800 000 Quadratmeter. Die Streumunition, die mit diesen Raketenwerfern verschossen werden kann, hat traurige Berühmtheit erlangt. Sie wurde von Großbritannien während des Golfkrieges 2003 und von Israel während des Libanonfeldzuges 2006 eingesetzt. M-85 heißen die Bombletts, die knapp 300 Gramm schwer und mit 44

Gramm Hochleistungssprengstoff (RDX) gefüllt sind. Ihr Durchmesser beträgt nur 4,2 Zentimeter. Sie sind deshalb leicht zu übersehen.

Man kann sie mit einem automatischen Selbstzerstörungsmechanismus ausstatten, um die Gefahr für Zivilisten durch Blindgänger zu mindern. Weniger als ein Prozent aller Streumunition dieses Typs sollen dann nach einem Krieg noch eine Gefahr darstellen - so das Argument, das auch die Bundeswehr veranlasste, bei Rheinmetall Artilleriegeschosse zu kaufen, die diese Munitionen enthält. Doch die Theorie ist das eine; die Praxis war etwas anderes. Die US-Armee beendete die Erprobung dieser Submunition, weil der Selbstzerstörungsmechanismus nicht so gut funktionierte wie versprochen. Das norwegische Verteidigungsforschungs-

stitut fand im letzten Jahr heraus, dass etwa zehn Prozent dieser Streumunition im Libanon zu Blindgängern geworden waren. Eine Blindgängerrate von weniger als einem Prozent wurde bei der norwegischen Armee selbst unter idealen Testbedingungen nicht erreicht. Die Bundeswehr erklärte sich in letzter Minute bereit, künftig auf diesen Munitionstyp zu verzichten, und beseitigte ein wesentliches Hindernis, damit in Dublin 2008 ein Vertragentwurf verabschiedet werden konnte, der auch Streumunition verbietet, die sich angeblich in 99 Prozent aller Fälle selbst zerstört.

IMI bietet die Raketenwerfer auf Mercedes-Basis bei internationalen Rüstungsmessen an. So bei der FIDAE 2008 in Chile und bei der Eurosatory 2008 in Frankreich. Vier Raketenwerfer hat

Georgien 2007 importiert. Weitere sollten 2008 folgen. Israel verkauft Waffensysteme mit Streumunition, obwohl es nach dem Libanonfeldzug 2006 selbst weltweit in der Kritik stand. In den letzten Kriegstagen hatte Israels Armee dem südlichen Libanon teils flächendeckend mit solchen Waffen beschossen. Sie wurden zu einer tödlichen Gefahr für die zurückkehrende Zivilbevölkerung und forderten so große Opfer, dass der Einsatz anschließend auch in Israel offiziell untersucht werden musste. Die vom Export lebende israelische Rüstungsindustrie aber lässt sich nicht beirren und bietet ihre Waffen weiter an. Israel will dem Vertrag über ein Verbot von Streumunition nicht betreten.

Die Lieferungen nach Georgien berühren die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung. Sie will im Dezember zu den ersten Staaten gehören, die den Vertrag über ein Verbot von Streumunition unterzeichnen. Außenminister Steinmeier will ein „unübersehbares Zeichen setzen“ und andere Staaten überzeugen, es Deutschland nachzutun. Auch, wenn Georgien letztlich von Israel beliefert wird, bleibt Deutschland berührt. Israel produziert keine Mercedes-Lkw. Die müssen beim Hersteller zugekauft werden. Und der ist in Stuttgart zu Hause.

Der Export schwerer Actros-Lkw,

auch wenn es sich um geländegängige, militärische Versionen handelt, ist

meist ohne staatliche Genehmigung möglich. Nur wenn

der Importeur in einem Embargoland wie zum Beispiel

Syrien beheimatet ist, bedarf es manchmal einer Erlaubnis.

Jürgen Grässlin, den Sprecher der kritischen Daimler-Aktionäre, ärgert das schon

lange: „Bei schweren Lkw und starken Dieselmotoren tut die Bundesregierung

oft so, als seien Rüstungsgüter keine Rüstungsgüter, nur weil es auch zivile Verwendungen gibt. Das ist Außenwirtschaftsförderung, aber garantiert keine

restriktive Rüstungsexportkontrolle.“

— Otfried Nassauer ist freier Journalist und leitet das Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit (BITS).

Treibstoff-Zug in Georgien explodiert

GORI - Auf Georgiens wichtigster Ost-West-Bahnstrecke ist am Sonntag ein mit Treibstoff beladener Zug explodiert. Die Polizei vermutete eine Landmine als Ursache.

An der Unglücksstelle fünf Kilometer westlich der strategisch wichtigen Stadt Gori stieg aus dem Zugwrack schwarzer Rauch auf, wie ein Reuters-Reporter berichtete. Die russische Armee hatte Gori am Freitag nach zehntägiger Besetzung verlassen. Die Explosion ereignete sich nahe eines aufgegebenen Militärstützpunkts der georgischen Armee. Rettungskräften gelang es 19 Waggons von den Schienen zu heben, um weitere Explosionen und eine Ausbreitung des Feuers zu verhindern. Der georgische Ministerpräsident Lado Gurgenis erklärte, es sei noch zu früh, um den Schaden vollständig zu bewerten. Er hob aber die Bedeutung der Zugstrecke für die Wirtschaft Georgiens und seiner Nachbarländer hervor. Über die Schienen wird auch für Europa bestimmtes Öl aus Aserbaidschan transportiert. Georgien warf den russischen Truppen vor, die wichtige Eisenbahnbrücke gesprengt zu haben. Der russische Generalstab wies die Anschuldigung zurück.

Angesichts des Konflikts zwischen Russland und Georgien hat der ukrainische Präsident Viktor Juschtschenko zu einem raschen Beitritt seines Landes zur Nato aufgerufen. „Wir müssen unsere Arbeit beschleunigen, um einen Beitritt zum allgemeinen europäischen Sicherheitssystem zu erreichen und das Verteidigungspotenzial unseres Landes zu stärken“, sagte Juschtschenko in seiner Rede zum 17. Jahrestag der Unabhängigkeit der Ukraine. Die Nato hatte der Ukraine und Georgien im April symbolisch eine Mitgliedschaft in Aussicht gestellt, sich aber gegen die Aufnahme in den Aktionsplan zur Vorbereitung der Mitgliedschaft entschieden. Moskau lehnt einen Beitritt der ehemaligen Sowjetrepubliken zur Nato und die damit verbundene Ausweitung des Militärbündnisses bis an die russische Grenze ab.

Nach dem weitgehenden Abzug russischer Truppen hat ein erstes US-Kriegsschiff mit Hilfsgütern Georgien über das Schwarze Meer erreicht. Der US-Zerstörer „USS McFaul“ machte am Sonntag vor dem Hafen von Batumi fest. rtr/AFP/dpa

USA bedauern Angriff

Empörung nach Beschuss afghanischen Dorfes

KABUL - Der Tod von vermutlich über 90 Zivilisten bei einem Luftangriff der US-geführten Koalitionstruppen hat in Afghanistan Empörung und wütende Proteste ausgelöst. Eine von Staatspräsident Hamid Karsai eingesetzte Untersuchungskommission bestätigte am Sonntag nach ihrer Rückkehr aus dem Dorf Asis Abad in der westlichen Provinz Herat Berichte örtlicher Behörden über den Beschuss der Gemeinde durch US-Kampfflugzeuge am Freitag. Karsai verurteilte das Vorgehen der ausländischen Truppen scharf. Am Sonntag entließ er zwei ranghohe Kommandeure der afghanischen Armee. Wegen „Pflichtverletzung und Nachlässigkeit“ seien sie für den Tod der Zivilisten, darunter viele Frauen und Kinder, mitverantwortlich.

Nach Angaben der US-Armee waren an der Militäraktion gegen mutmaßliche Taliban-Kämpfer in der Region um das Dorf Asis Abad auch einheimische Sicherheitskräfte beteiligt. Aufgebrachte

Dorfbewohner griffen bei wütenden Protesten am Samstag afghanische Sicherheitskräfte mit Steinen an, die den Angehörigen der Opfer Hilfe bringen sollten. Nach Polizeiangaben schossen die Soldaten aus Notwehr in die Menge. Dabei seien drei Demonstranten verletzt worden. Präsident Karsai erklärte: „Alle unsere Anstrengungen, zivile Opfer zu vermeiden, haben keine positiven Ergebnisse gebracht und unsere unschuldigen Landsleute werden immer noch bei Anti-Terror-Operationen getötet.“ Er kündigte an, die Regierung werde in Kürze einen Maßnahmenkatalog bekanntgeben, um künftig den Tod von Zivilisten möglichst zu vermeiden.

Die US-Regierung hat sich betroffen über den Vorfall geäußert. „Wir bedauern den Tod unschuldiger Afghanen, zu deren Schutz wir uns verpflichtet haben“, sagte Präsidentensprecher Tony Fratto am Sonntag in Crawford im US-Bundesstaat Texas. dpa/AFP

VON CHRISTOPH VON MARSCHALL, WASHINGTON

Mit dem viertägigen Nominierungsparteitag der Demokraten in Denver, Colorado, beginnt am heutigen Montag die heiße Phase des amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes. In der Woche darauf folgt der viertägige Parteitag der Republikaner in Minneapolis, Minnesota. Sie dienen als Weckruf der beiden Lager, um ihre Anhänger zu mobilisieren. Danach bleiben zwei Monate bis zum 4. November, an dem der nächste Präsident und der neue Kongress gewählt werden.

Hauptaufgabe der Parteitage ist es, den Präsidentschaftskandidaten zu inthronisieren und Siegeszuversicht zu verbreiten. Im Gegensatz zu deutschen Parteitage hat die Programmdebatte kaum Bedeutung. Wichtig ist die Verteilung der Redner. Am Montag spielt Barack Obama Ehefrau Michelle die Hauptrolle. Der Dienstag gehört Hillary Clinton. Mit die-

ser Ehrung möchte Obama ihre Anhänger gewinnen. Der lang und scharf ausgetragene Kampf um die Nominierung hatte die Partei an den Rand der Spaltung geführt. Noch immer möchten sich rund 20 Prozent von Clintons Anhängern nicht mit ihrer Niederlage abfinden. Sie drohen, eine Kampfabstimmung zu verlangen, ob Clinton oder Obama antreten solle. Clinton hat sich öffentlich dagegen ausgesprochen. Doch manche Kommentatoren heben hervor, ihre Unterstützung für Obama klinge halberzig.

Am Mittwoch sprechen Bill Clinton und, als Hauptredner, Joe Biden. Ihn hatte Obama am Samstag als Vizekandidaten vorgestellt. Obama kehrte dafür nach Springfield, die Hauptstadt seines Heimatstaats Illinois, zurück, wo er im Februar 2007 seine Kandidatur erklärt und von 1996 bis 2004 als Landessenator seine politische Karriere begonnen hatte. Zum Abschluss am Donnerstag wird Obama die Kandidatur annehmen. Die Demokraten

ziehen dafür in ein Sportstadion um, das 76 000 Zuschauer fasst.

Auf die Wahl Joe Bidens als Vize haben die Demokraten begeistert reagiert, die öffentlichen Reaktionen sind verhaltener. Der 65-jährige Senator von Delaware soll als „Staatsmann und Kämpfer“ Obamas außenpolitische Kompetenz erhöhen und John McCain attackieren, schreibt die „Washington Post“. In ihrer am Sonntag veröffentlichten Umfrage, die vor Bidens Ernennung abgeschlossen war, sagten 13 Prozent, falls es Biden werde, würden sie eher für Obama stimmen. Für zehn Prozent machte ein Vize Biden es weniger wahrscheinlich, Obama zu wählen. 75 Prozent sagten, davon hänge ihre Entscheidung nicht ab. In einer „Gallup“-Erhebung schneidet Biden besser ab. Die Mehrheit bewertet ihn dort als Gewinn.

Mit ihren „Conventions“ versuchen beide Parteien, das statistische Patt aufzulösen. Im Schnitt aller Umfragen liegt Obama seit Monaten meist mit zwei bis

drei Prozentpunkten vorn, aber diese Marge bewegt sich innerhalb der Fehlerquote der Erhebungen. Fachleute interpretieren das unterschiedlich. Die einen nehmen es als Warnsignal an Obama. Er könne die Stimmungslage gegen Amtsinhaber George W. Bush und die Republikaner nicht nutzen. Viele Bürger hätten Vorbehalte gegen ihn, weil er als Vertreter der liberalen Elite gelte, oder wegen seiner Hautfarbe. Die anderen betonen, während der Sommerferien wollten sich die Bürger nicht mit Politik beschäftigen. Viele hätten noch keine klare Meinung, so fehle den Umfragen die Aussagekraft.

Nach Ansicht der „Washington Post“ führt Obama unter eingetragenen Wählern mit 49 zu 43 Prozent und unter Bürgern, die wahrscheinlich wählen gehen, mit 49 zu 45 Prozent. Werte eines Kandidaten verbessern sich meist während des Parteitage und fallen danach wieder ab.

— Meinungsseite

Auf dem Absprung

Mit den Parteitage beginnt die heiße Phase im Kampf um das Weiße Haus in den USA

„Teuer, ohne entsprechende Lebensqualität“

Der deutsche Chefökonom einer konservativen britischen Denkfabrik verabschiedet sich desillusioniert von London

VON CHRISTIAN TRETBAR, LONDON

Diese Mischung ist in England gefährlich. Ein Deutscher, der nach Australien ausgewandert und sich vorher noch über die britische Hauptstadt mokiert. Das kommt nicht gut an. Vor allem dann nicht, wenn es sich auch noch um den Chef-Ökonomen von Policy Exchange, der wichtigsten und einflussreichsten politischen Beratungsfirma der konservativen Tories handelt. Oliver Hartwich ist genau diese Mischung mit der er in diesen Tagen in England aufsehen erregt.

Policy Exchange erarbeitet auf allen Politikfeldern wissenschaftliche Studien, aus denen die Berater dann ein politisches Programm für die Tories stricken. Hartwichs Spezialgebiet ist der Wohnungs- und Städtebau. Der gebürtige Essener hat mit Kollegen überprüft, ob sich der Einsatz von mehreren hundert Millionen Pfund in Städtebauprojekte gelohnt hat. Vor allem die Schere zwischen Nord und Süd sollte mit dem Geld geschlossen werden. Doch genau das ist nicht pas-

siert. „Die Lücke wird in vielen Bereichen immer größer“, sagt Hartwich. Städte wie Liverpool verlieren immer mehr Einwohner und schneiden in Kategorien wie Bildungsniveau, Lebenserwartung und Wirtschaftswachstum stets schlechter ab als vergleichbare Städte. Daraus schlussfolgerten er und seine Kollegen, dass man den Schrumpfungprozess nicht stoppen, aber gestalten kann. „Deshalb haben wir vorgeschlagen, erstens den Kommunalpolitikern mehr Kompetenzen einzuräumen und zweitens, London um eine Meile in alle Richtungen zu erweitern, was kein Problem wäre“, sagt Hartwich. Doch ganz England inklusive David Cameron reagierte empört. Von Evakuierungsplänen für Liverpool war die Rede und Kollegen wurde via Internet sogar Gewalt angedroht. „Dabei haben wir nie gefordert, Liverpool zu schließen“, sagt Hartwich.

Hartwich verlässt Policy Exchange im Oktober Richtung Sydney. Doch bevor er geht, hat er seine Erfahrungen in England, speziell in London, wo er seit 2004

lebt, in einem Buch niedergeschrieben. „Nachruf auf eine großartige Nation“ heißt es und wird im Januar in Deutschland erscheinen. Es ist eine kleine Rechnung mit den Mythen und Vorstellungen vom Leben in Großbritannien. „Ich mag dieses Land, aber ich bin etwas desillusioniert“, sagt Hartwich, der sich selbst als Liberalen bezeichnet.

Bei seiner Ankunft in Großbritannien hat er ein dereguliertes, kapitalistisches Land erwartet. Doch es war anders. Allein der von London aus zentralgesteuerte Häuser- und Wohnungsmarkt sei völlig reglementiert und dadurch teuer. „Insgesamt ist das Leben in London beschwerlich, weil es sehr teuer ist, ohne die entsprechende Lebensqualität dafür zu bekommen“, sagt Hartwich. Der Transport, der Flughafen, der Verkehr, die Polizei, die Preise seien alles Beispiele dafür. Bei Einbrüchen oder Autodiebstählen komme die Polizei erst Tage später, der Flughafen in Heathrow ist überlastet, aber über eine Erweiterung wird seit Jahren ergebnislos debattiert, die Häuser



Abrechnung. Oliver Hartwich verlässt London und zieht Bilanz. Foto: promo

sind alt, klein und überteuert. „Und in der U-Bahn liegen die Temperaturen spätestens ab April jenseits der Temperaturen, die die EU für den Viehtransport zulässt“, sagt Hartwich. Die Staatsquote sei kontinuierlich gestiegen, auch unter New La-

bour. „England muss sich wieder mehr trauen und von unnötigem Ballast befreien, aber dieses Land ist so unbeweglich und im falschen Sinn konservativ, dass dies schwer wird“, sagt Hartwich.

Die Tories könnten neuen Schwung auf die Insel bringen. „Aber auch die Opposition hat längst noch nicht auf jedem Politikfeld einen zündenden Entwurf.“ David Cameron liege zwar derzeit uneinholbar gegenüber Premierminister Gordon Brown in Führung, aber „der britische Wählermarkt ist sehr volatil“, sagt Hartwich. Fraglich ist, ob Cameron auch gegen einen anderen Kandidaten wie beispielsweise Außenminister David Miliband, den wichtigsten parteiinternen Kontrahenten von Brown, gewinnen würde. „Die Briten sind noch nicht hundertprozentig von Cameron überzeugt“, meint Hartwich. Auch er persönlich ist in einem Punkt enttäuscht: Camerons Wirtschaftspolitik. „Er will Labours Finanzpläne für die nächsten Jahre übernehmen und sogar höhere Steuern akzeptieren – das wäre katastrophal.“

NACHRICHTEN

ISRAEL 200 palästinensische Häftlinge sollen freikommen

JERUSALEM - Fast 200 palästinensische Häftlinge können am Montag auf ihre Freiheit hoffen. Die israelische Regierung beschloss am Sonntag, die bereits angekündigte Freilassung dann auch umzusetzen. Mit dieser Geste sollten der gemäßigten palästinensische Präsident Mahmud Abbas unterstützen und das Klima für Friedensgespräche verbessert werden. Wenige Stunden nach der Häftlingsentlassung wird US-Außenministerin Condoleezza Rice zu einer weiteren Vermittlungsmission erwartet. AP

PHILIPPINEN Heftige Gefechte zwischen Soldaten und Rebellen

ZAMBOANGA - Heftige Gefechte zwischen muslimischen Rebellen und Soldaten im Süden der Philippinen haben die Hoffnungen auf Frieden in der Region getrübt. In der Nacht zum Sonntag hätten sich die Kämpfe mit Anhängern der Moro-Befreiungsfront auf der Insel Mindanao ausgeweitet, sagte ein Armeesprecher. Bei den Zusammenstößen wurden seinen Angaben zufolge binnen vier Tagen mehr als 100 Rebellen getötet. AFP